GERICHTSHOF

URTEIL DES GERICHTSHOFES

(Dritte Kammer)

vom 22. September 1988

in der Rechtssache 159/86: Michele Canters gegen Kommission der Europäischen Gemeinschaften (*)

(Beamte — Expatriierungszulage)

(88/C 272/04)

(Verfahrenssprache: Italienisch)

(Vorläufige Übersetzung; die endgültige Übersetzung erscheint in der Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes)

In der Rechtssache 159/86, Michele Canters, bei der Anstalt Ispra der Gemeinsamen Forschungsstelle beschäftigter Bediensteter der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Guiseppe Marchesini, zugelassen bei der Corte di Cassazione der Italienischen Republik, Zustellungsbevollmächtigter: Rechtsanwalt Victor Biel, 18a, rue des Glacis, Luxemburg, gegen Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Bevollmächtigte: Marie Wolfcarius, Beistand: Rechtsanwalt Aloyse May) wegen Aufhebung der Weigerung, dem Kläger vom 4. Mai 1978 an die Expatriierungszulage zu zahlen, hat der Gerichtshof (Dritte Kammer) unter Mitwirkung des Kammerpräsidenten J. C. Moitinho de Almeida, der Richter U. Everling und Y. Galmot — Generalanwalt: M. Darmon, Kanzler: H. A. Rühl, Hauptverwaltungsrat — am 22. September 1988 ein Urteil mit folgendem Tenor erlassen:

1. Die Entscheidung der Kommission vom 1. April 1986, mit der diese es ablehnte, dem Kläger die Expatriierungszulage für den Zeitraum vom 4. Mai 1978 bis zum 30. April 1985 zu zahlen, wird aufgehoben.
2. Die Kommission trägt die Kosten des Verfahrens.

(*) ABl. Nr. C 206 vom 16. 8. 1986.

URTEIL DES GERICHTSHOFES

(Erste Kammer)

vom 22. September 1988

in der Rechtssache 148/87: Th. Frydendahl Pedersen A/S gegen Kommission der Europäischen Gemeinschaften (*)

(Erstattung von Eingangsabgaben)

(88/C 272/05)

(Verfahrenssprache: Dänisch)

(Vorläufige Übersetzung; die endgültige Übersetzung erscheint in der Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes)

In der Rechtssache 148/87, Th. Frydendahl Pedersen A/S, Hvide Sande (Dänemark), Prozeßbevollmächtigter:

(*) ABl. Nr. C 173 vom 30. 6. 1987.

Rechtsanwalt A. Torbøl, Kopenhagen, Zustellungsschrift: Stanbrook und Hooper, 7, Val Sainte-Croix, Luxemburg, gegen Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Bevollmächtigte: J. Sack und I. Langermann, wegen Ungültigerklärung der Entscheidung der Kommission vom 26. Februar 1987, mit der diese feststellte, daß die Erstattung von Eingangsabgaben in einem bestimmten Fall unzulässig ist, hat der Gerichtshof (Erste Kammer) unter Mitwirkung des Kammerpräsidenten G. Bosco, der Richter R. Joliet und F. A. Schockweiler — Generalanwalt: C. O. Lenz, Kanzler: H. A. Rühl, Hauptverwaltungsrat — am 22. September 1988 ein Urteil mit folgendem Tenor erlassen:

1. Die Entscheidung der Kommission (REM: 29/86) vom 26. Februar 1987 wird für ungültig erklärt.
2. Die Kommission trägt die Kosten des Verfahrens.

URTEIL DES GERICHTSHOFES

(Erste Kammer)

vom 22. September 1988

in der Rechtssache 236/87 (Vorabentscheidungsersuchen des Landessozialgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen): Anna Bergemann gegen Bundesanstalt für Arbeit (*)

(Soziale Sicherheit — Arbeitslosenunterstützung)

(88/C 272/06)

(Verfahrenssprache: Deutsch)

In der Rechtssache 236/87 betreffend ein dem Gerichtshof nach Artikel 177 EWG-Vertrag vom Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen in dem vor diesem anhängigen Rechtsstreit Anna Bergemann gegen Bundesanstalt für Arbeit vorgelegtes Ersuchen um Vorabentscheidung über die Auslegung des Artikels 71 Absatz 1 Buchstabe a) Ziffer ii) und Buchstabe b) Ziffer ii) der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl. Nr. L 149, S. 2), in der durch die Verordnung (EWG) Nr. 2001/83 des Rates vom 2. Juni 1983 (ABl. Nr. L 230, S. 6) geänderten und aktualisierten Fassung sowie des Beschlusses Nr. 94 der Verwaltungskommission der Europäischen Gemeinschaften für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer vom

(*) ABl. Nr. C 237 vom 3. 9. 1987.

24. Januar 1974 (ABl. Nr. C 126, S. 22), hat der Gerichtshof (Erste Kammer) unter Mitwirkung des Kammerpräsidenten G. Bosco, der Richter R. Joliet und F. A. Schockweiler — Generalanwalt: C. O. Lenz; Kanzler: H. A. Rühl, Hauptverwaltungsrat — am 22. September 1988 ein Urteil mit folgendem Tenor erlassen:

1. *Ein Arbeitnehmer, der während seiner letzten Beschäftigung seinen Wohnort in einen anderen Mitgliedstaat verlegt und nach dieser Verlegung nicht mehr in den Beschäftigungsstaat zurückkehrt, um dort seine Tätigkeit auszuüben, ist nicht als „Grenzgänger“ im Sinne der Artikel 1 Buchstabe b) und 71 Absatz 1 Buchstabe a) Ziffer ii) der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 anzusehen.*
2. *Artikel 71 Absatz 1 Buchstabe b) Ziffer ii) der erwähnten Verordnung ist nicht ausschließlich auf die im Beschluß Nr. 94 der Verwaltungskommission für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer genannten Arbeitnehmergruppen anwendbar.*
3. *Artikel 71 Absatz 1 Buchstabe b) Ziffer ii) der erwähnten Verordnung ist auf einen Arbeitnehmer anwendbar, der während seiner letzten Beschäftigung seinen Wohnort aus familiären Gründen in einen anderen Mitgliedstaat verlegt und nach dieser Verlegung nicht mehr in den Beschäftigungsstaat zurückkehrt, um dort seine Tätigkeit auszuüben.*

URTEIL DES GERICHTSHOFES

(Vierte Kammer)

vom 22. September 1988

in der Rechtssache 268/87 (Vorabentscheidungsersuchen der Tariefcommissie Amsterdam): Cargill BV gegen Inspecteur der Invoerrechten en Accijnzen (*)

(Sojabohnenhäute — Tarifierung)

(88/C 272/07)

(Verfahrenssprache: Niederländisch)

(Vorläufige Übersetzung; die endgültige Übersetzung erscheint in der Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes)

In der Rechtssache 268/87 betreffend ein dem Gerichtshof nach Artikel 177 EWG-Vertrag von der Tariefcommissie Amsterdam in dem bei dieser anhängigen Rechtsstreit Cargill BV gegen Inspecteur der Invoerrechten en Accijnzen vorgelegtes Ersuchen um Vorabentscheidung über die Auslegung der Tarifnummern 23.02, 23.04, 23.06 und 23.07 des Gemeinsamen Zolltarifs hat der Gerichtshof (Vierte Kammer) unter Mitwirkung des Kammerpräsidenten G. C. Rodríguez Iglesias, der Richter T. Koopmans und C. N. Kakouris — Generalanwalt: M. Darmon; Kanzler: J. A. Pompe, Hilfskanzler — am 22. September 1988 ein Urteil mit folgendem Tenor erlassen:

Die gemahlene Sojabohnenhäute sind der Tarifstelle 23.06 B des Gemeinsamen Zolltarifs zuzuweisen.

(*) ABl. Nr. C 269 vom 8. 10. 1987.